

SWR2 ZEITWORT
22.10.2009, 6.45 Uhr

22.10.1989: Mit dem Taif-Abkommen endet der 14 Jahre andauernde Bürgerkrieg im Libanon
von Tobias Mayer©

Zitat:

Die Sitze der Abgeordneten im Parlament sollen zu gleichen Teilen zwischen Christen und Muslimen aufgeteilt sein.

Das Taif-Abkommen vom 22. Oktober 1989 zog einen Schlussstrich unter den libanesischen Bürgerkrieg, wenn es auch noch einige Monate dauern sollte, bis die Waffen wirklich schwiegen. Bis dahin hatten die Christen im Verhältnis 6:5 eine festgeschriebene Mehrheit gegenüber den Muslimen, die aber schon lange nicht mehr den realen Bevölkerungsverhältnissen im Libanon entsprach.

Die parlamentarische Dominanz der christlichen Gruppen ging zurück auf die libanesischen Verfassung von 1943. Zu dieser Zeit betrug der Anteil der Christen im Land tatsächlich noch über 50 Prozent. Und die ehemaligen französischen Kolonialherren wollten die Dominanz einer christlichen Bastion im muslimischen Nahen Osten dauerhaft gesichert wissen. Die demographische Entwicklung veränderte aber die Verhältnisse. Die muslimische Bevölkerung wuchs stetig, auch durch die vielen palästinensischen Flüchtlinge aus Israel. Die aus Jordanien vertriebenen bewaffneten PLO-Kämpfer errichteten Anfang der 70er Jahre im Libanon eine Art Staat im Staate. Die militanten Palästinenser führten nun den Kampf der libanesischen Muslime gegen die christlichen Nationalisten. 1975 brachen die Konflikte offen aus. Erwin Behrens berichtete für den ARD-Hörfunk.

O-Ton Erwin Behrens:

Der Bürgerkrieg begann am 13. April, als Milizionäre der christlichen Elite vor einer Beiruter Kirche einen Autobus mit palästinensischen Männern, Frauen und Kindern zusammenschossen.

Dem soll ein Überfall auf eine Kirche vorausgegangen sein. Wer wirklich angefangen hat, lässt sich kaum im Nachhinein bestimmen. Die Feindseligkeiten waren schon seit Jahren auf einem explosiven Niveau. Binnen kurzer Zeit entbrannte der

Bürgerkrieg mit großer Wucht. Ulrich Kienzle war damals Korrespondent des ARD-Fernsehens im Libanon.

O-Ton Ulrich Kienzle:

Während in der Beiruter Innenstadt riesige Brände lodern, die Gendarmerie sich verdrückt, fordert „Radio Lubnan“ die Feuerwehren zum Löschen auf. Der Sprecher bricht vor dem Mikrofon in Tränen aus: „Bitte brennt unser Land nicht nieder“, so schluchzt er durchs Radio, „Was ist der Grund für diesen Wahnsinn? Wer schießt auf wen und warum? Hört auf, hört endlich auf!“

Es hörte nicht auf, im Gegenteil, schnell weitete sich der Bürgerkrieg auf das ganze Land aus. Wer schoss auf wen und warum? 14 Jahre lang wechselten die Fronten ständig. Christen gegen Palästinenser, Sunniten gegen Schiiten, schiitische Milizen gegen die Hizbollah. Die Drusen kämpften mal mit, mal gegen beinahe alle am Bürgerkrieg beteiligten Parteien. Syrien intervenierte und wechselte dabei ebenfalls mehrfach die Allianzen. Die staatliche Einheit des Landes wurde dadurch zwar aufrechterhalten, der Bürgerkrieg aber gleichzeitig befeuert und verlängert. Der Einmarsch Israels 1982 schaltete die PLO als Machtfaktor im Libanon aus, die palästinensische Führung um Yassir Arafat musste das Land verlassen. Multinationale Einheiten von Amerikanern, Italienern und Franzosen konnten den Libanon in den Jahren danach aber nicht stabilisieren. Das Land drohte endgültig zu zerfallen.

Im September 1989 gelang es einer Initiative der Arabischen Liga, die noch lebenden libanesischen Parlamentarier der letzten Wahl von 1972 in der saudi-arabischen Stadt Taif zusammenzurufen. Nach mehrwöchigen Verhandlungen zeichnete sich das Ende des libanesischen Bürgerkriegs ab. Die konfessionelle Aufteilung der politischen Macht wurde im Taif-Abkommen neu geregelt: Christen und Muslime sollten zu gleichen Teilen im Parlament vertreten sein, die Kompetenzen des christlichen Präsidenten schränkte man ein. Alle Milizen mit Ausnahme der Hizbollah wurden entwaffnet, 2005 verließen die letzten syrischen Einheiten das Land. Eine zentrale Forderung des Abkommens von Taif wurde allerdings nicht eingelöst. Damals - vor 20 Jahren - waren die Delegierten gewillt, langfristig den Einfluss der Religionszugehörigkeit auf die politische Ämterverteilung ganz abzuschaffen. Angesichts der Wichtigkeit der konfessionellen Identität für die Libanesen scheint dies aber auf absehbare Zeit unrealistisch.